



PHILLIP M. AYOUB

# DAS COMING-OUT DER STAATEN

EUROPAS SEXUELLE  
MINDERHEITEN  
UND DIE POLITIK  
DER SICHTBARKEIT

[transcript] queer studies

**Aus:**

*Phillip M. Ayoub*

## **Das Coming-out der Staaten**

Europas sexuelle Minderheiten und die Politik  
der Sichtbarkeit

Oktober 2017, 316 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-3797-7

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) in einer im Vergleich zu anderen Menschenrechtsbewegungen beispiellosen Geschwindigkeit gewachsen.

Phillip M. Ayoub zeichnet die jüngere Geschichte dieser transnationalen Bewegung in Europa nach. Er zeigt, wie das »Coming-out« die marginalisierte Gesellschaftsgruppe ins Zentrum der politischen Debatte rückte und ihr zu längst fälligen Rechten verhalf. Neben der Analyse der von der Bewegung vertretenen Normen steht vor allem die Frage im Zentrum, warum die gesellschaftsrechtliche Anerkennung der LGBT-Minderheiten in den jeweiligen Staaten so unterschiedlich verläuft.

**Phillip M. Ayoub**, geb. 1983, ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaften an der Drexel University in Philadelphia. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaft, Gleichstellungspolitik sowie in der Erforschung sozialer Bewegungen. Seine Doktorarbeit wurde von der European Union Studies Association, von der American Political Science Association und mit dem Kenneth-Sherrill-Award ausgezeichnet. Zudem erhielt er 2011 den Kahin-Preis und 2014 den Esman-Preis für außergewöhnliche Studien der Cornell University. Er publiziert u.a. im *European Journal of International Relations*, *Comparative Political Studies*, *Journal of Human Rights* und *Perspectives on Europe*.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

[www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3797-7](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3797-7)

# Inhalt

---

*Abbildungen* | 9

*Tabellen* | 11

*Abkürzungen* | 13

*Vorwort und Danksagung* | 15

## **1. Einführung** | 21

Politik der Sichtbarkeit und transnationale Bewegungen | 23

Unterschiedliche LGBT-Rechte innerhalb Europas | 26

Gründe für das Gewähren oder Vorenthalten von LGBT-Rechten | 30

Alternative Erklärungen | 33

Wie entsteht Wandel? | 37

Wie ist dieses Buch aufgebaut? | 39

## **2. Politik der Sichtbarkeit und LGBT-Rechte in Europa** | 41

Die Politik der Sichtbarkeit | 43

Wandel durch Sichtbarkeit | 51

Sichtbarkeitskanäle | 57

Anfechtung: Wahrnehmen von Bedrohung,

Internalisierung neuer Normen | 60

Anwendungsbereiche und Limitationen: die Valenz der Sichtbarkeit | 67

Forschungsdesign und -methoden | 71

- 3. Transnationale Bewegungen:**  
**Gelegenheiten, Akteure und Mechanismen** | 75  
Europäisierung und Gelegenheiten für  
den transnationalen Aktivismus | 77  
Mobilisierung über die Strukturen des schwul-lesbischen Lebens | 87  
Normunternehmer | 92  
Mechanismen des Wandels in Polen | 99  
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 107
- 4. Einhaltung der neuen Normen:**  
**Die Gesetzgebung zum Schutz von LGBT-Rechten** | 111  
Gespaltenes Europa: innerstaatlicher versus transnationaler Einfluss | 114  
Wie verbreiten sich Rechtsgesetze? | 119  
Analyse der Einführung der Pro-LGBT-Gesetzgebung | 125  
Partnerschaftsgesetze – ein besonderer Fall | 143  
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 149
- 5. Internalisierung neuer Normen:**  
**Einstellung gegenüber sexuellen Minderheiten** | 153  
Wie lässt sich Einstellungswandel erklären? | 156  
Analyse der Einstellungen gegenüber LGBT-Minderheiten | 158  
Gesetzgebung als Sichtbarkeit | 177  
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 182
- 6. Polens und Sloweniens Antwort auf internationale Normen** | 185  
Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen in Europa | 187  
Sichtbarkeit und Bedrohungswahrnehmung | 192  
Wie manifestiert sich Bedrohung? | 203  
Widerstand als Sichtbarkeit? | 217  
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen | 223
- 7. Sichtbarkeit in Bewegung und transnationale Politik** | 227  
LGBT-Rechte und die Neukonzipierung der Diffusion | 232  
Konsequenzen der Sichtbarkeitsthese | 234  
Es geht voran? | 241

**Methodologischer Anhang** | 253

Forschungsmethoden und Datenerhebung | 253

Die Umfragen im Detail | 257

Zusammenfassung der quantitativen Forschung | 262

Interviewpartner (Auswahl) | 271

Teilnehmende Beobachtungen und informelle Interviews auf Panels  
und politischen Veranstaltungen (Auswahl) | 274

*Bibliographie* | 277

*Sach- und Personenregister* | 307

# 1. Einführung

---

Am 19. Juni 2010, einem grauen Spätfrihlingstag, ging die renommierte Philosophin und Intellektuelle Judith Butler auf die Bühne vor dem Brandenburger Tor zu, um den Berliner Christopher-Street-Day (CSD) zu eröffnen. Er ist das jährlich stattfindende Event der Sichtbarkeit für lesbische, schwule, bisexuelle und trans (LGBT) Identitäten, das in jenem Jahr wieder fast eine Million Besucher vom ganzen Kontinent angezogen hatte. Ein Blick aus der Vogelperspektive auf die farbenfrohe Menschenmasse, die sich auf der dreispurigen Straße zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule, dem preußischen Militärdenkmal und Symbol der Berliner Schwulen-Community, erstreckt, zeigt klar, dass die Organisatoren ihr Ziel der Sichtbarmachung erreicht hatten. Auch wenn manche Teilnehmer nur zum Feiern kamen (dabei aber ihre Identität sichtbar zeigten und ihre Anwesenheit politisch war [V. Taylor, Rupp und Gamson 2004]), prangerten andere mitten im farbenfrohen Event mit Schildern und Transparenten Missstände an. Viele davon richteten sich an die Regierungen ausländischer Staaten und stellten damit eine politische Aktion dar, die weit über Stadt oder Staat hinausging. Butler stand vor einer Menschenmenge voller unterschiedlicher nationaler Symbole – in

---

**1** | Forschungen über Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans, Queer, Intersex und Asexuelle (LGBTQIA) definieren das Thema auf unterschiedliche Weise. Zur Vereinfachung nutze ich die Überbegriffe *LGBT* und *sexuelle Minderheit*, damit sind alle Menschen gemeint, die aufgrund ihrer sexuellen Beziehung zwischen erwachsenen Menschen und/oder wegen ihrer Geschlechtsidentität, die aus dem heteronormativen Rahmen fällt, marginalisiert werden. Die hier verwendeten organisationsbezogenen Daten umfassen LGBTs, die politik- und einstellungsbezogenen Daten beschränken sich jedoch oft auf Lesben und Schwule. Während viele Wissenschaftler den Begriff *Transgender* verwenden, bevorzuge ich *Trans*, da viele der interviewten Gruppen diesen (oder *Trans\**) als integrativer ansehen. Internationale Verhaltensnormen gegenüber Trans waren nicht so gefestigt wie bei Lesben und Schwulen (Balzer und Hutta 2014), besonders in der Zeit, in der die quantitative Untersuchung stattfand. Die Studie enthält leider keine Daten, die anti-institutionelle Queer-Bewegungen oder die Situation von Personen mit sich hinterfragenden, inter- oder asexuellen Identitäten ausführlich behandeln.

den letzten Jahren eine schwedische Flagge, ein Transparent mit der polnischen Aufschrift *Solidarność Gejów* (»Schwulensolidarität«), ein Bild vom Gesicht des russischen Präsidenten Vladimir Putin als Transvestiten und von ausländischen Botschaften und Expat-Communities in Auftrag gegebene Umzugswagen.

Die Szene zeigt den transnationalen Charakter einer Bewegung, die die nationalen Grenzen sprengt, eine für dieses Buch zentrale Dimension der Sichtbarkeit. LGBT-Sichtbarkeit hat oft einen transnationalen Ursprung. So trägt der Berliner Umzug, Christopher-Street-Day, den Namen einer New Yorker Straße, in der die Polizei 1969 eine Razzia in der Stonewall-Bar durchführte, woraufhin die homosexuelle Emanzipationsbewegung entstand, LGTBs sich outeten und auf die Straße gingen. Die Verteilung der Demonstranten auf beide Seiten der ehemals durch die Mauer geteilten Stadt repräsentiert Beständigkeit und Veränderung, was die Rolle der transnationalen Bewegungen in einem zusammenwachsenden Europa betrifft. Diese avantgardistische Stadt beherbergte 1897 das erste Zentrum für die Erforschung der Homosexualität, wurde dann aber zur Hauptstadt eines Staates, der die homosexuelle Identität während der Zeit des Nationalsozialismus brutal verfolgte. Heute symbolisiert Berlin das geeinte Europa. Butler steht nur wenige Meter von dem Ort entfernt, an dem Ronald Reagan 1987 seine berühmte Rede »Reißen Sie diese Mauer ein!« hielt und zahllose Ost- und Westberliner 1989 den Fall der Berliner Mauer feierten. Doch auch jenseits der Symbolik spiegelt die transnationale Zusammensetzung der Zuhörer die neue räumliche – lokale und transnationale – Dimension der Bewegungen für Minderheitenrechte wider.

Die US-Amerikanerin Butler wurde eingeladen, um den renommierten Zivilcouragepreis in Empfang zu nehmen. Mit diesem ehrt der Berliner CSD Personen und Organisationen, die gegen Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten kämpfen. Was Organisatoren und Zuschauer nicht wussten, war, dass Butler den Preis ablehnen würde. Sie war vielmehr gekommen, um Licht auf (unsichtbare) LGBT-Gruppen zu werfen, die in den spektakulären Massen vor ihr untergingen. Dazu wollte sie sich öffentlich von der, wie sie es nannte, »rassistischen Komplizenschaft« mit der Spaltung zwischen einer immer kommerzieller werdenden Parade und den ansässigen LGBT-Immigranten-Organisationen distanzieren. Das offensichtlich äußerst sichtbare Event spiegelte laut Butler die Unsichtbarkeit von LGBT-Immigranten und Menschen anderer Hautfarbe wider. Indem sie die Unsichtbarkeit anprangerte, zeigte Butlers Auftritt aber auch die Macht des politischen Diskurses, das Unsichtbare sichtbar zu machen. Mit ihren Worten rückte sie Gruppen ins Zentrum, die in Diskursen über LGBT-Anerkennung oft außer Acht gelassen werden, und wies darauf hin, dass diese allgemeineren Diskurse in einigen Staaten nur die gelebten Erfahrungen *mancher* unter den Überbegriff LGBT fallenden Randgruppen verändert hätten.

Unsichtbarkeit ist nicht nur für bestimmte Subgruppen innerhalb der LGBT-Community eine Herausforderung, sondern ein Problem, das über

Staaten und Gesellschaften hinausgeht, in denen sich die Anerkennung von sexuellen Minderheiten stark unterscheidet. Während die Berliner zu Hunderttausenden die LGBT-Identität feierten, hatte nur vier Wochen vorher ein weitaus transnationaleres Pride-Event, der Europride im Nachbarland Polen, einen Rekord von 15.000 Demonstranten angezogen. »Besucher von überall her sagten, sie seien eigens angereist, da sie gehört hätten, dass die Situation für Homosexuelle in Polen schlecht sei. ›Ich würde auf keine Schwulen- und Lesben-Parade in Brüssel gehen‹, sagte [ein Teilnehmer] aus Belgien« (Cragg 2010). Auch der umstrittene Charakter der polnischen Veranstaltung unterschied diese vom Berliner Christopher-Street-Day. In Warschau wurden die 15.000 Demonstranten von 2.000 Polizisten begleitet, die notwendig waren, um die acht Gegendemonstrationen abzuwehren. Solche Szenen sind in Kontexten üblich, in denen LGBT-Themen erst seit kurzem in öffentlichen und politischen Diskursen auftauchen. Bei der ersten Parade in Podgorica, Montenegro, im Jahr 2013, beschützten 2.000 Polizeibeamte 150 Demonstranten gegen 1.500 Gegendemonstranten (Economist 2014). Auf Paraden wie in Berlin 2010 wurden keine Protestierenden erfasst. Die einzigen zusätzlichen Demonstrationen waren andere LGBT-Gruppen, die aus Kritik am kommerziellen Charakter der offiziellen Parade ihren eigenen Christopher-Street-Day organisierten. Die Topographie von LGBT-Anerkennung und (Un-)Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit variieren europaweit äußerst stark.

## **POLITIK DER SICHTBARKEIT UND TRANSNATIONALE BEWEGUNGEN**

Das vorliegende Buch zeigt, wie Minderheiten und Randgruppen ihre Rechte in einem transnationalen – das Unsichtbare sichtbar machenden – Prozess geltend machen, der schließlich die Politik von Staaten verändert. Butlers Rede auf dem Christopher-Street-Day, die Themen wie (Un-)Sichtbarkeit, Bewegung und Transnationalismus ansprach, ist Teil eines transnationalen Prozesses im Interesse der LGBT-Communities. Ein Prozess, der in dem vorliegenden Buch theoretisch durchleuchtet und damit klarer gemacht werden soll. Butlers Auftritt bei einer deutschen Lokalveranstaltung steht für eine Grenzen überschreitende, Menschen verbindende Politik, die diese für eine in der Gegenwarts politik so zentrale Bewegung und ihren Kampf mobilisiert. Abgesehen von Butlers Intentionen oder den individuellen Reaktionen auf ihren politischen Standpunkt zeigte ihr Auftritt, dass für eine aus verschiedenen transnationalen Ideen und Akteuren bestehende Bewegung der Streitpolitik die Macht der Sichtbarkeit äußerst wichtig ist, um neue Ideen in den soziopolitischen Diskurs einzuführen.

Das vorliegende Buch legt dar, wie sich die Politik der Sichtbarkeit auf die Beziehungen zwischen Staaten und die politische Macht ihrer Randgruppen auswirkt. Dabei wird gezeigt, dass man zum Verständnis der dem sozialen



Wandel zugrunde liegenden Prozesse genauer berücksichtigen muss, wie und zu welchem Grad Randgruppen Regierung und Gesellschaft dazu bringen, ihre Ideen wahrzunehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Dieses »Coming-out« führt schließlich zur gesellschaftspolitischen Anerkennung von Rechten, die die Lage dieser Gruppen verändern. Die schwedischen Frauen erlangten ihre Rechte beispielsweise aufgrund ihrer Forderung nach staatlich bezuschusster Kinderbetreuung. Die aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichte ihre politische Emanzipation. Die deutschen Frauen erreichten nicht so viel (und dies viel später), da sie dadurch, dass zu Hause bleiben vom Staat attraktiv gemacht wurde, in der politischen Landschaft größtenteils unsichtbar blieben (Huber und Stephens 2001, 125-6, Torstendahl 1999). Im Jahr 2006 übernahmen die Organisatoren in einer beispiellosen Anzahl von gemeinsamen Aktionen der Immigranten in den USA den Begriff *Coming-out* für ihre Mobilisierung. Die Angst vor der Ausweisung hatte Einwanderer ohne Papiere jahrzehntelang zum Stillschweigen verdammt, die Sichtbarkeit gab ihnen jedoch eine Stimme und sie begannen, die politische Elite für sich zu gewinnen (Zepeda-Millán 2011). In einem bemerkenswerten Akt des Ungehorsams brachten auch die Mütter der Verschwundenen das Narrativ des argentinischen Militärs zum Einstürzen, das leugnete, dass es »unerwünschte« Elemente der Bevölkerung systematisch hatte verschwinden lassen, ja, dass diese Verschwundenen jemals existiert hatten, indem sie öffentliche Plätze besetzten und riefen: »Wo sind sie?« (Brysk 2013, 63-5). Die *Madres* machten so die Identität ihrer Kinder sichtbar, gewannen internationale Anerkennung und brachten das Narrativ des argentinischen Staates ins Wanken. In den 1990er Jahren verwendeten – wegen der gewalttätigen Homophobie und der politischen Ohnmacht beim Handhaben der AIDS-Krise – frustrierte Queer-Nation-Aktivistinnen in den USA einen ähnlichen Slogan, um auf ihre Existenz aufmerksam zu machen: »Wir sind hier. Wir sind queer. Gewöhnt euch daran.« Unsichtbarkeit hatte Randgruppen in ihrem Bestreben, Änderungen einzufordern, dagegen wenig genutzt. So wurde die Armenbewegung in den USA, durch die vielen Inhaftierungen, irgendwann ganz zum Schweigen gebracht (Piven und Cloward 1977). In der Geschichte gibt es viele Beispiele dafür, wie »schwache« Gruppen auf Staaten Einfluss nahmen, dies aber nur, wenn sie auch sichtbar waren.

Sichtbarkeit führt zu Interaktionen zwischen der Bewegung und dem Staat. Dies gibt den Menschen Macht, indem sie Akteure dazu auffordert, den Wandel einzufordern, was sich wiederum auf die Verbreitung neuer Rechtsstandards auswirkt und neue Normen in die Gesellschaftsgefüge einführt. Für viele Randgruppen hat eine solche Sichtbarkeit sowohl interne als auch transnationale Wurzeln. Daher wird hier die These vertreten, dass es zwei Arten des Coming-outs gibt (Identitätsmarkierung und Präsenz in der Öffentlichkeit); Kapitel 2 zeigt, wie die durch Handeln sichtbar gemachten Gelegenheiten der Normbildung sich auf zwei Ebenen entfalten können. Sichtbar zu werden wurde bis dato als

individuelle Erfahrung gesehen, doch Alexander Wendts (1999) schlagkräftiges Argument, dass Staaten selbst formbare Identitäten sind, legt den Gedanken nahe, dass auch diese sich outen können, indem sie bestimmte Gruppen als Teil ihres Rechtsrahmens anerkennen. Als Beispiel mag die kreative Kampagne der Schwedischen Friedens- und Schlichtungsgesellschaft zur Markierung der Was-serterritorien genügen. Als Reaktion auf die schwedische Opposition gegen die russischen Anti-Schwulen-Propaganda-Gesetze und die Berichte über aggressive russische U-Boote in schwedischen Gewässern sendete die Gesellschaft Morsecodes mit den Worten »Schweden, homosexuell seit 1944« (A. Taylor 2015). Dies zeigt, dass sich LGBT-Politik mit – realen oder erfundenen – nationalen Identitäten mischen lässt und eine Rolle in der gegenwärtigen Weltpolitik spielt.

Die Politik der LGBT-Sichtbarkeit bezieht sich auf eine Gruppe, die von vielen Beobachtern als »eine unsichtbare Minderheit« bezeichnet wurde, deren neu entdeckte Präsenz und Einfl ss in vielen verschiedenen Nationalstaaten neue Möglichkeiten für das Erforschen von gesellschaftspolitischem Wandel und Normdiffusion darstellt.<sup>2</sup> Bemerkenswert ist dabei, dass das katholische Irland durch einen Volksentscheid die gleichgeschlechtliche Ehe einführte und die Insel Malta zum Wegbereiter der Transanerkennung wurde. Dass so viele Staaten gleichgeschlechtliche Partnerschaften gebilligt haben, ist laut Kelly Kollman (2013, 3) »kein bloßer Zufall«. Es ruft vielmehr dazu auf, die internationale Dimension dieser Tendenzen ernst zu nehmen. Die Untersuchung der LGBT-Rechte soll hier den Rahmen für die Sichtbarkeitspolitik abstecken. Diese Rahmenbedingungen üben aber auch auf andere Bewegungen, die zu den Untersuchungsgegenständen der politischen Wissenschaften und Soziologie gehören, einen großen Einfl ss aus. Anhand des LGBT-Falls wird gezeigt, wie Akteure grenzübergreifend mobilisiert werden und warum das Ergebnis dieser Mobilisierung in den verschiedenen nationalen Kontexten variiert.

Doch warum hat sich trotz ähnlichen Drucks durch die europäischen Institutionen die soziale und rechtliche Anerkennung von sexuellen Minderheiten in den europäischen Staaten so unterschiedlich entwickelt? Die Antwort ist einfach, aber logisch: Ein unterschiedliches Maß an Sichtbarkeit hat sich verschieden auf den soziopolitischen Wandel in den Staaten ausgewirkt. Auf der Grundlage von Theorien, die internationale Normdiffusion behandeln, über internationale Beziehungen und Streitpolitik konzentriert sich das vorliegende Buch auf die Unterschiede im rechtlichen Status von sexuellen Minderheiten und in deren Wahrnehmung durch die Gesellschaft. Anhand der Normen, die

---

**2** | Hillary Clinton bezog sich beispielsweise in ihrer am 6. Dezember 2011 vor den Vereinten Nationen in Genf gehaltenen Rede zum Menschenrechtstag auf LGBT als »unsichtbare Minderheit«. Siehe: [www.huffingtonpost.com/2011/12/06/hillary-clinton-gay-rights-speech-geneva\\_n\\_1132392.html](http://www.huffingtonpost.com/2011/12/06/hillary-clinton-gay-rights-speech-geneva_n_1132392.html).

den LGBT-Rechten zugrunde liegen, wird gezeigt, wie sich in der Weltpolitik die Vorstellungen von Staat und Gesellschaft verändert haben. Dazu wird der existentielle Konflikt zwischen verschiedenen Akteuren und die Spannung zwischen zwei Normgefügen beleuchtet: neue und internationale Ideen versus solche, die in der heteronormativen Nation und der lokalen Tradition wurzeln. Besagte Normgefüge koexistieren üblicherweise nicht harmonisch. Nichtsdestotrotz wird die Innenpolitik weder als passiv oder reaktionär angesehen und »progressiven« internationalen Normen gegenübergestellt, noch wird eine falsche Dichotomie zwischen vorurteilsfreier Zivilgesellschaft und normverletzenden Regierungen heraufbeschworen (siehe Seybert 2012). Normenpolitik ist nie eine Einbahnstraße und viele der vorausschauenden Befürworter von LGBT-Rechten sind heimische Akteure in Zielstaaten, die sich für das Thema einsetzen. Hierfür suchen sie internationale Verbindungen, um ihre Sache voranzutreiben. Normentwicklung kommt mit dem Erreichen von internationalen Gefilden nicht zum Ende. Die Ergebnisse von Lucia Seybert (2012) wiederholend wird hier die Ansicht vertreten, dass sie sich auf nationaler Ebene weiterentwickelt. Dieses Buch konzentriert sich daher auf die Interaktion zwischen Akteuren – Befürwortern wie Gegnern von LGBT-Rechten – auf innenpolitischer und transnationaler Ebene. Oder mit den Worten von Alison Brysk (2000, 1): »Durch das Aufeinanderprallen von Identitäten und Gesellschaftssystemen lernen wir, wie sich die Welt verändert.« Die Revolution der LGBT-Rechte liefert eine ideale Plattform für die Untersuchung solcher Wechselwirkungen.

## **UNTERSCHIEDLICHE LGBT-RECHTE INNERHALB EUROPAS**

Meine Forschung konzentriert sich auf Europa, die einzige Region der Welt mit international bindendem Schutz der sexuellen Orientierung. Die Region ist führend in der LGBT-Rechtsprechung, ihre Mitgliedstaaten unterscheiden sich jedoch stark bei der Umsetzung der geltenden LGBT-Rechtsnormen. Durch den Fall der Berliner Mauer und das darauffolgende Zusammenwachsen Europas kamen die Staaten des ehemaligen kommunistischen Blocks in beispielloser Weise in Berührung mit Normen und Institutionen, die aufgrund der Politisierung der sexuellen Identität in verschiedenen westeuropäischen Staaten entstanden waren. Der rasch zunehmende soziale und politische Austausch zwischen neuen EU-Mitgliedern in Zentral- und Osteuropa (ZOE) und den alten Mitgliedstaaten bildet den idealen methodologischen Rahmen für die internationale Normdiffusionstheorie. Diese geht davon aus, dass staatliche und nicht staatliche Akteure Ideen aus Gegenden, in denen diese eher akzeptiert werden, in solchen verbreiten, wo dies nicht der Fall ist. Um die Staaten, die LGBT-Themen recht früh politisierten, von denen zu unterscheiden, in denen die Politisierung erst später erfolgte,

werden die Begriffe *Vorreiter/führend* und *neue Übernehmer (Adaptor)* verwendet.<sup>3</sup> *Internationale Normen* definieren, wie sich eine bestimmte Gruppe von Akteuren angemessen verhält (Katzstein 1996, 5). Dabei handelt es sich um Standards, die Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) exportieren wollen (Finnemore und Sikkink 1998, 891) oder von denen die empfangenden Akteure denken, dass sie diese übernehmen oder nachahmen sollten. Mit *Diffusion* ist die Verbreitung einer Neuerung in einem Staat oder einer Gesellschaft gemeint, wenn die Entscheidung zu deren Übernahme von einem anderen Staat bzw. Gesellschaft beeinflusst wird (Graham, Shipan und Volden 2013, 676). Diffusion steht dabei oft mit Prozessen in Zusammenhang, bei denen Menschen etwa durch das Bilden von Allianzen, Ausüben von Druck und die grenzübergreifende Verbreitung und Anpassung des Wissens für einen sozialen oder politischen Wandel (von Gesellschaft, Institutionen oder Gesetz) arbeiten (Roggeband 2010, 19). Diffusion kann auch indirekte Handlungen beinhalten, bei denen keine Intention notwendig ist, wie die Übertragung von neuen Ideen über die Medien.

In Europa haben transnationale Akteure – EU-Institutionen, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und das transnationale Aktivisten-Netzwerk – den Wandel unterstützt, indem sie die internationale LGBT-Rechtsnorm verbreiteten oder das Thema zumindest im innenpolitischen Diskurs mehrerer europäischer Staaten verstärkten (Kollman 2013). Ein aktuelles Beispiel aus Rumänien bestätigt diese Tendenz: 2010 klagte ACCEPT, eine transnational verbundene rumänische LGBT-Organisation gegen George Becali vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der rumänische Politiker und Besitzer eines Fußballclubs hatte sich öffentlich dagegen ausgesprochen, einen Fußballspieler zu engagieren, der (Gerüchten zufolge) schwul war. Durch die Entscheidung des

---

**3** | Befürworter der LGBT-Rechte bezeichnen Erstere als führend oder Vorreiter, da sich diese im Allgemeinen durch mehr LGBT-Bewegungsakteure, umfangreichere LGBT-Rechte und eine wohlgesinntere Haltung auszeichnen. Die Unterscheidung zwischen führend/Vorreitern und neuen Übernehmern hat eine heuristische Funktion, um die verschiedenen Entwicklungsgrade der LGBT-Normen in den einzelnen Staaten zu kennzeichnen. Intoleranzen oder Ungerechtigkeiten, die LGBTs noch immer in »führenden« Staaten erleben, sollen dabei keineswegs vertuscht werden: In den Niederlanden, einem der ersten Vorreiterstaaten, gaben 40 Prozent der Befragten an, sich unwohl zu fühlen, wenn sich zwei Männer in der Öffentlichkeit küssten. Bei einem Kuss zwischen Mann und Frau taten dies nur 13 Prozent (Keuzenkamp und Ross 2010, 355-6). Ebenso wenig sollen neue Übernehmerstaaten als geringer eingestuft oder den »westlichen« Skripten als neue Art von Abnormalität hinzugefügt werden (Binnie und Klesse 2013, Kulpa und Mizielińska 2011, Stychin 1998). Die Gruppen stimmen auch nicht mit den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten überein. So ist es zwar wahrscheinlicher, dass alte EU-Staaten zu führenden Staaten werden (s. Abbildung 2.4 und Abbildung 2.5), es gibt aber Ausnahmen wie Italien und Griechenland.

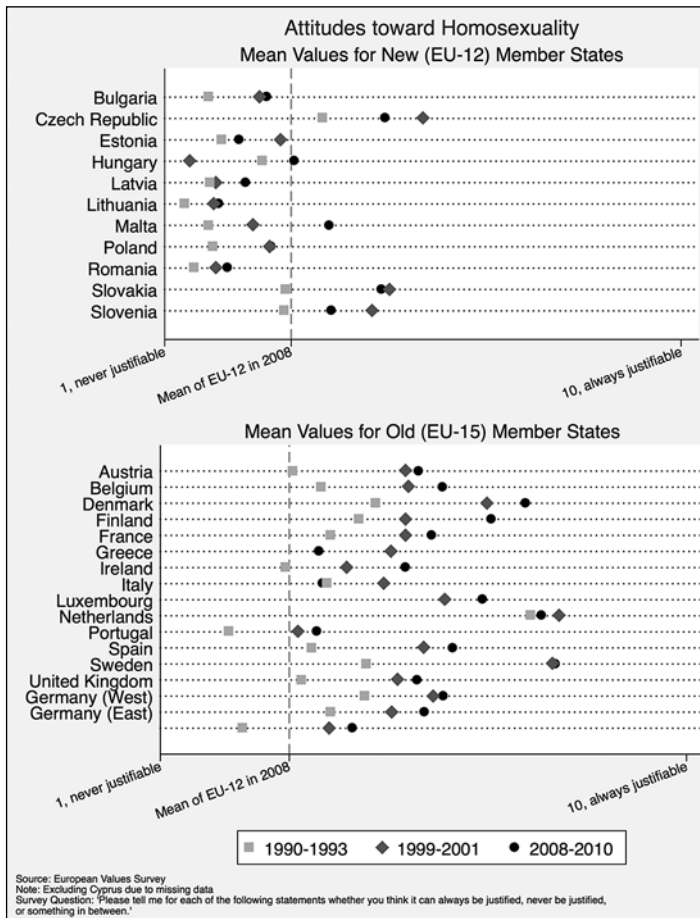
Gerichts zugunsten von ACCEPT wurde die rumänische Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien einer genauen Untersuchung unterzogen, was weitreichende Konsequenzen nach sich zog. LGBT-Rechte tauchten nun auf der Agenda des rumänischen Nationalen Rats zur Bekämpfung von Diskriminierung auf und die Änderungsvorschläge für das landesweite Anti-Diskriminierungsgesetz wurden unterstützt. Durch Becalis Bekanntheit wurde ein gesellschaftlicher Diskurs entfacht, in dem LGBT-Advokaten eine zentrale Botschaft verbreiteten: »Homophobie hat weder beim Sport, noch am Arbeitsplatz, noch in irgendeinem europäischen Staat Platz« (Berbec-Rostas 2013, Hervorh. d. Verf.).

Die Norm, dass LGBTs fundamentale Menschenrechte zustehen und staatliche Anerkennung und Schutz verdienen, wird sowohl in der Rhetorik als auch im Rechtsrahmen von EU-Institutionen und Europarat klar formuliert. Beispiele hierfür sind: Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam, Artikel 49 des Vertrags von Lissabon, die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (2000), die EU-Grundrechtecharta, die Kopenhagener Kriterien (1993), verschiedene Beschlüsse des Europäischen Parlaments (z.B. *Entschließung des Europäischen Parlaments zur Homophobie in Europa 2005/2666* und *2007/2543*), Urteile des EGMRs (z.B. *Bączkowski und andere gegen Polen*, 1543/06) und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) (z.B. *C-13/94, P gegen S und Cornwall County Council*) (s. Ayoub und Paternotte 2014, Mos 2014, Sloopmaeckers und Touquet 2016). Trotz ähnlicher Präsenz der europäischen Normen und Richtlinien unterscheiden sich die neuen Mitgliedstaaten, was gesellschaftliche Einstellung und Einführung des Rechtsschutzes für sexuelle Minderheiten betrifft, stark. Dies lässt an einer direkten Top-down-Macht der Normen (Finnemore 1996) zweifeln. Abbildung 1.1 zeigt in einer Skala von 1 bis 10 den länderbezogenen Mittelwert der Einstellung zur Homosexualität der EU-Mitgliedstaaten in drei Zeitabschnitten (1990-1993, 1999-2001 und 2008-2010). Die obere Graphik enthält die neuen EU-12-Mitgliedstaaten (2004- und 2007-Kurven), die untere die ursprünglichen EU-15-Mitgliedstaaten. Wobei an dieser Stelle anzumerken ist: Die Bezeichnung EU-12 bezieht sich in diesem Buch durchgängig auf die zwölf neuen Staaten, die der EU (im Zuge der Erweiterung auf EU-27) den EU-15 beitraten. Nicht zu verwechseln ist dies mit den EG-12 der späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Abbildung 1.2 illustriert die Unterschiede in der Übernahme der Pro-LGBT-Gesetzgebung in den EU-27-Mitgliedstaaten.<sup>4</sup> Alle Staaten bieten sexuellen Minderheiten den Schutz, den die EU von

**4** | Die Punktezahl zur Gesetzgebung enthält die folgenden Maßnahmen: Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, bei der Versorgung mit Gütern und Serviceleistungen und verfassungsrechtliche Anerkennung; Anerkennung von Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung als erschwerenden Umstand und/oder Verbot der Anstiftung zu Feindseligkeiten aufgrund sexueller Orientierung; Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften als Lebensgemeinschaft, eingetragene Partnerschaft und Ehe;

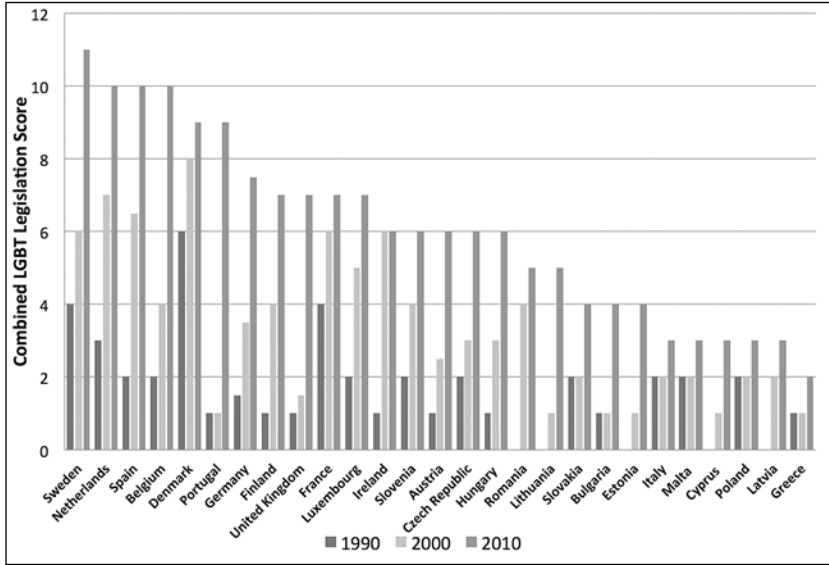
ihren Mitgliedstaaten fordert (Entkriminalisierung des gleichgeschlechtlichen Verkehrs, gleiches Schutzalter für Geschlechtsverkehr zwischen Partnern des gleichen bzw. anderen Geschlechts, keine Diskriminierung bei der Beschäftigung und – erst kürzlich – Asyl aufgrund sexueller Orientierung). Manche Staaten gehen jedoch darüber hinaus und bieten z.B. Kindererziehungs- und Partnerschaftsrechte.

Abbildung 1.1: Unterschiede in der Einstellung gegenüber Homosexualität in den einzelnen EU-Staaten



Anerkennung der Kindererziehungsrechte von gleichgeschlechtlichen Paaren zur Fremd-kind- und Stiefkindadoption und ein Sexualstrafrecht, das die altersmäßige Gleichstellung beim Geschlechtsverkehr zwischen gleich- und andersgeschlechtlichen Partnern vorsieht (s. Tabelle A.1, Anhang).

Abbildung 1.2: Unterschiede bezüglich der LGBT-Rechtsgesetzgebung in den einzelnen EU-Staaten



## GRÜNDE FÜR DAS GEWÄHREN ODER VORENTHALTEN VON LGBT-RECHTEN

Von den meisten, wenn auch nicht allen, EU-Staaten und Gesellschaften werden heute nichtheterosexuelle Partnerschaften eher akzeptiert als 1989, die LGBT-Norm hat sich in den verschiedenen Inlandskontexten zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgesetzt. Manche traditionell katholischen Länder beschritten dabei neue Wege, während andere – moderne, wohlhabende – Demokratien zurückbleiben. Bisherige Theorien zu einer erfolgreichen Diffusion, wie unterschiedlicher internationaler Druck, Vereinbarkeit von innerstaatlichen und internationalen Normen, Modernisierung, geringe Umsetzungskosten, können diese Diskrepanzen zwar nicht ausreichend erklären, tragen aber zu einem grundlegenden Verständnis davon bei, wie und warum sich in vielen Staaten Normen ändern. Daher wird hier davon ausgegangen, dass es von den spezifischen transnationalen Kanälen und den innerstaatlichen Interessengruppen, die politische Themen sichtbar machen, abhängt, inwieweit internationale Normen im jeweiligen Staat auf Zustimmung stoßen. Dazu wird gezeigt, dass die Offenheit eines Staates gegenüber internationalen Organisationen und Informationsflüssen (Austausch von Ideen und Vorstellungen mit anderen Ländern) Auswirkungen auf die Diffusion hat, ermöglicht diese

den neuen Ideen doch erst den Einzug in den innenpolitischen Diskurs. Diese gesellschaftlichen und politischen Kanäle bereiten der Diffusion den Weg, indem sie das Thema sichtbar machen. Zudem entscheidet das Eingebettetsein der innerstaatlichen Akteure in internationale Advokatennetzwerke darüber, wie schnell und in welche Richtung die Diffusion vonstattengeht. Transnationale Akteure vermitteln zwischen den internationalen und innerstaatlichen Normen und passen ihre Botschaft so an die örtlichen Begebenheiten an bzw. unterdrücken Bedrohungswahrnehmungen, die manche Staaten mit LGBT-Normen verbinden.

Die Staaten reagieren auf die Umgebung jedoch nicht gleich. Eine zweite These geht davon aus, dass Aufnahme und Internalisierung der internationalen Normen vom religiösen Nationalismus innerhalb der Landesgrenzen behindert werden. Das Buch behandelt daher auch die politische Verbindung zwischen nationaler Identität und Religion und führt an, dass unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen in verschiedenen nationalen Kontexten die Reaktion auf LGBT-Normen beeinflussen können. Meines Erachtens kann Religion die Fortschritte der LGBT-Bewegung zwar nicht verhindern, durch das Politisieren von historischen Momenten der populären Vorstellung der Nation kann sie jedoch zum Gegenspieler werden. Unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen bestimmen, dass verschiedene innerstaatliche Kontexte internationale Normen unterschiedlich aufnehmen. Die Bedrohung wird dort stärker wahrgenommen, wo Religion historisch zur populären Vorstellung der Nation gehört. Ob Widerstand erfolgreich ist, ist jedoch eine andere Frage. Wo sexuelle Minderheiten sichtbar werden, kommt es üblicherweise, manchmal sogar erwartungsgemäß, zur Anfechtung, dies kann die Bewegung jedoch nur selten aufhalten. In stark bedrohten Kontexten steht sich der Widerstand gegen die LGBT-Bewegung manchmal selbst im Weg, da er die Bewegung wachrüttelt und Sichtbarkeit wie Relevanz<sup>5</sup> (*saliency*) der LGBT-Rechtsnormen fördern (O'Dwyer 2012, Ayoub 2014, Bishin et al. 2015).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass für Regierungen und Öffentlichkeit die Sichtbarkeit der Norm entscheidend für deren Diffusion in der Weltpolitik ist, da an anderen Orten entstandene Themen von den staatlichen Eliten und der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen oder als interessant angesehen werden. *Normsichtbarkeit* meint dabei die relative Fähigkeit von Öffentlichkeit und Regierung, Ideen und Vorstellungen, die die Standards für angemessenes Verhalten definieren, zu sehen bzw. mit diesen zu interagieren. Durch das Definieren von neuen Standards dessen, was akzeptabel ist, zeigt dieser internationale Ursprung des Normenwandels »neue Wege des Selbstverständnisses«

---

5 | Anmerkung d. Übers.: Bei der Übersetzung von *saliency* als Relevanz folge ich Lerch, Marika (2004): »Menschenrechte und Außenpolitik: Eine konstruktivistische Analyse«. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 48 (Anm. 52).



(Altman 1999, 563). Dies trifft auf LGBTs und die Gesellschaft im Allgemeinen zu. Normsichtbarkeit ist entscheidend, um Menschen zu mobilisieren, die diese neuen Standards und Einstellungen verbreiten, um auf Zeitpunkt und Wahrscheinlichkeit eines rechtlichen Wandels Einfluss zu nehmen und um zu bestimmen, auf welchem Weg und zu welchem Grad Internalisierung in der Gesellschaft stattfindet.

Einzigartig bei der LGBT-Rechtsnorm ist, dass sie in den meisten Gesellschaften schon an sich umstritten ist, und zwar so stark, dass sie oft als Verletzung des moralischen Fundaments angesehen wird, auf dem sich die nationale Identität gründet (Stychin 1998). Sogar nach der ersten Politisierung brauchte es in den Vorreiterstaaten noch Jahrzehnte, um einen ähnlichen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu erreichen, wie dies bei anderen Gruppen der Fall war, die durch die Revolution der Rechte repräsentiert wurden.<sup>6</sup> Fraglich ist dabei, warum die neuen EU-Staaten die erst kürzlich politisch gewordene umstrittene LGBT-Norm so schnell verdauten und mit ihren gesetzlichen und sozialen Strukturen darauf reagierten. Die hier vertretene Theorie der Sichtbarkeit geht davon aus, dass diese Staaten damit ein Teil »Europas« werden wollten. Europa sieht sich auf der Makroebene als Anhänger dieser Rechterevolution, die die Weltpolitik verändert hat, und sieht LGBT-Rechte als Teil dieser neu gewonnenen Rechte. Durch Annahme der LGBT-Rechtsnorm wird man zum Mitglied dieses modernen Europas.<sup>7</sup> Diese Vorstellung stützt sich auf Wissenschaftler, die davon ausgehen, dass Staaten Standards übernehmen, um legitim zu werden oder zu bleiben (J. W. Meyer et al. 1997). An dieser Stelle muss jedoch betont werden, dass die mit der Sichtbarkeit einhergehende Deliberation ein

---

**6** | LGBT-Rechte sind Teil einer größeren Revolution der Rechte. Sowohl die Yogyakarta-Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität (2006) als auch die UN-Resolutionen haben die LGBT-Rechte in den Diskurs der Rechterevolution gestellt. Gegenüber den 1960er und 1970er Jahren ist dies ein großer Schritt, war es zu jener Zeit doch noch üblich, LGBTs aus dem Diskurs auszuschließen (Skrentny 2002). Dies hing zum Teil mit einer Art Unwohlsein beim Aufnehmen der LGBTs zusammen und mit der Angst davor, dass die Gesellschaft für homosexuelle und Transsthemen noch nicht »bereit« sei. Daher schoben die Bewegungen LGBT-Rechte meist beiseite (Bernstein 2002, 546). Es gab aber auch Ausnahmen, wie Huey Newtons bahnbrechenden Artikel von 1970 über die Gemeinsamkeiten von Rasse, Geschlecht und Sexualität (Newton 1970).

**7** | Dies ist eher auf die neuen als auf die alten Mitgliedstaaten wie Italien anwendbar, die ja schon einen sicheren Stand innerhalb Europas haben und die europäische Norm zu LGBT-Rechten nur langsam einführten. Wie in Kapitel 4 zu sehen, hat diese Interpretation mit der Selbstwahrnehmung eines Staates innerhalb der sozialen Staatenhierarchie zu tun (Townsend 2010).

Schlüsselmechanismus für Diffusion und Wandel ist. Dazu müssen die Staaten aber erst das sehen, dem sie entsprechen wollen. Die Anstrengungen der neuen EU-Mitgliedstaaten zur Identifizierung mit der Gemeinschaft haben die sozialen Bewegungen angetrieben, die die Norm sichtbar gemacht haben. Im Folgenden wird gezeigt, dass die Norm zunächst im Inland sichtbar gemacht werden muss, bevor sich Akteure damit auseinandersetzen und diese verinnerlichen können. Die gefühlte Intensität einer Norm variiert, je nach Sichtbarkeitsgrad, von Fall zu Fall.

## ALTERNATIVE ERKLÄRUNGEN

Durch die Verbreitung von Normen, die die Rechte der sexuellen Minderheiten betreffen, werden die bestehenden Erklärungsmodelle zu Diffusion und sozialem Wandel, die sowohl internationale Normen als auch innenpolitische gesellschaftsrechtliche Veränderungen tangieren, noch komplizierter. Die Diversität der Staaten, die heute LGBT-Rechte fördern, bringt frühere Theorien über die sich auf die Anerkennung dieser Rechte auswirkenden innerstaatlichen Faktoren – religiös-kultureller Kontext (Finke und Adamczyk 2008), wirtschaftlicher Wohlstand und Modernität (Inglehart und Norris 2003), gesellschaftliche Offenheit gegenüber Homosexualität (Badgett 2009), sozialstaatliche Entwicklung (Wilson 2013), die Fähigkeit zur Organisierung von innerstaatlichen sozialen Bewegungen (Adam, Duyvendak und Krouwel 1998), die Stärke der Demokratie (Encarnación 2014), die Pluralisierung der sexuellen Praxis und Bedeutung (inklusive revolutionierter Geschlechtshierarchien) sowie die Trennung zwischen Geschlechtsverkehr und Fortpflanzung (Weeks 2007) – ins Wanken.<sup>8</sup> Viele dieser Argumente entstanden aus Erfahrungen, die in Vorreiterstaaten, wie den protestantischen nordischen Ländern und den Niederlanden, gemacht worden waren. Sie wurden jedoch im neuen Jahrhundert komplizierter. Zur Zeit der Erstellung der englischen Fassung dieses Buches hatten bereits über 20 europäische Staaten gleichgeschlechtliche Partnerschaften in irgendeiner Form auf Bundesebene umgesetzt, wenige von diesen gleichen hinsichtlich oben genannter innerstaatlicher Faktoren jedoch den Vorreiterstaaten.

Die Ansicht, internationale Normen ließen sich erfolgreich verbreiten, wenn sie mit innerstaatlichen Überzeugungen und Vorstellungen übereinstimmen (Checkel 2001, Cortell und Davis 1996, Finnemore 1996, Keck und Sikkink 1998, 204) hält angesichts der neuen Übernehmer ebenso wenig stand. Trotz der umstrittenen Natur der LGBT-Rechte wurden diese gerade von »nicht passenden«, eher z.B. religiösen und weniger demokratischen

---

8 | David Paternotte (2015) fasst diese Erklärungen äußerst treffend zusammen.

Staaten begrüßt. Drei der religiösesten europäischen Staaten, das katholische Spanien, Portugal und erst kürzlich Irland (Casanova 2009, 209), haben hierbei einen äußerst raschen sozialen und gesetzlichen Wandel durchlaufen. Die kleine Insel Malta, deren Bevölkerung sich zu 95 Prozent als römisch-katholisch bezeichnet und von der über die Hälfte regelmäßig in die Kirche geht (Harwood 2015), wurde zum Wegbereiter der Transanerkennung. Obwohl es sich bei Estland und der Tschechischen Republik um gleichermaßen säkulare Staaten handelt, war Estland intoleranter als Tschechien, und die Menschen im ehemaligen Ostdeutschland sind LGBTs gegenüber widriger gesonnen als im weniger säkularen Westdeutschland. Andere Ausnahmen schließen post-sozialistische Länder wie Polen ein, das, obwohl es sich demokratisiert hat und viele kostspielige EU-Regelungen befolgt (Petrova 2012), Mühe hatte, grundlegende Maßnahmen zum Schutz der Rechte von LGBT-Minderheiten zu ergreifen. Innerhalb und außerhalb Europas zwingt uns demnach die Diversität der Staaten, die die LGBT-Rechtsnorm übernommen haben, dazu, mehr als nur die Faktoren einzubeziehen, die bei den Vorreiterstaaten den Wandel erklären konnten.

Auch universelle »Low-cost«-Normen lösen starke Reaktionen in Staat und Gesellschaft aus. Laut einigen Wissenschaftlern sollten Staaten stets kostengünstige moralische Handlungen vollziehen (Kaufman und Pape 1999), insbesondere dann, wenn ihnen dies eine Vielzahl an wirtschaftlichen Vorteilen eröffnet, die die EU-Mitgliedschaft mit sich bringt (Schimmelfennig 2007, Vachudova 2005). Viele Fragen zu LGBT-Rechten lassen sich nicht rein rational beantworten. Staaten können durch die Anerkennung und den Schutz von sexuellen Minderheiten ihr internationales Ansehen stärken, ohne dass dabei für sie oder die Menschen direkt monetäre Kosten entstünden. Manche kostengünstige moralische Normen sind jedoch schwer zu übermitteln. Ebenso rätselhaft sind Fälle, in denen die Staatsautorität ihr Ansehen auf die Anerkennung und den Schutz sexueller Minderheiten stützt, obwohl daraus politische Kosten entstehen (siehe Putnam 1988 über Zwei-Ebenen-Spiele in der Weltpolitik). Staaten wie Deutschland haben sich dagegen ausgesprochen, die EU-Antidiskriminierungs-Richtlinien auf LGBTs auszuweiten, obwohl dies keine Kosten verursachen würde, da die innerstaatlichen Standards die EU-Anforderungen übertreffen. Selbst wenn sich Staaten in internationalen Verträgen zu Menschenrechten nur verpflichten, um Kritik zu vermeiden, führt dies, ganz im Sinne von Beth Simmons' (2009) Kritik an der Theorie, dass Menschenrechtsnormen leer und kostenfrei seien, zu greifbaren Resultaten. Die in den Staaten vorherrschende ungleiche Diffusionsrate ist erstaunlich, weil frühere Wissenschaftler gezeigt haben, dass Menschenrechtsnormen, wenn die Beitrittsstaaten ähnliche materielle Anreize haben, die am erfolgreichsten und uniformsten angenommenen Normen des EU-Beitrittsprozesses sind (Chackel 1997, 480). Die Tatsache, dass dieselben Normen in manchen Fällen auf

erbitterten Widerstand stoßen, in anderen jedoch nicht, ist ohne eine Reflexion über die verschiedenen staatlichen Identitäten nicht zu begreifen.

Theorien, die auf einem Hard-Law-Verständnis der Konditionalität beruhen, können die Diffusion der LGBT-Rechte nur insofern erklären, da sie die Norm sichtbar machen und legitimieren. Konditionalität kann jedoch auch unerwünschte Reaktionen auslösen und Anti-LGBT-Organisationen argumentieren lassen, dass das Thema von außen auferlegt wurde. Konditionalität hat zwar sehr wohl Auswirkungen auf die Normdiffusion, aber nicht wie bisher angenommen. Die hinter dem Sichtbarkeitsansatz stehenden »weicherer« Sozialisationsmechanismen haben, wie in Kapitel 4 und 5 gezeigt wird, nicht nur einen positiveren Effekt auf Einhaltung und Internalisierung, Hard-Law-Konditionalität kann auch indirekte Auswirkungen haben und zu Gegenreaktionen führen, bevor die Sichtbarkeit, die sie auslösen, die Norm relevanter machen kann (Kapitel 6). Entgegen der auf Konditionalität, Lokalisierung und Normanpassung beruhenden Thesen wird hier vielmehr davon ausgegangen, dass Anfechtung zur Sichtbarkeit führen kann.

Die Diffusion von LGBT-Normen stellt auch die weit verbreitete Annahme infrage, dass Modernisierung mit postmateriellen Werten, wie der Akzeptanz von Homosexualität, korreliert (Inglehart 1997, Inglehart und Norris 2003). Die ersten (z.B. die nordischen) Staaten, die LGBT-Rechte verbreiteten, waren zwar wohlhabend und Modernisierungstheoretiker erwarteten dort den Wandel, viele der neuen Übernehmer zeigen jedoch keinen solchen Wohlstand (Kapitel 4). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist demnach kein robuster oder zuverlässiger Prädiktor für den Wandel, übernehmen ärmere Staaten die Norm doch häufig vor wohlhabenden. Studien, die Daten aus ungleichen Regionen in einem Modell kombinieren, gehen von einer zu großen Bedeutung des wirtschaftlichen Wohlstands für den sozialen Wandel aus (Inglehart und Norris 2003). Viele für diesen Forschungsbereich führende Erklärungen halten bei Regionen, die an starke supranationale institutionelle Strukturen gebunden sind, nicht stand.

Wider Erwarten konnten LGBT-Akteure dort mobilisieren, wo die innenpolitischen Möglichkeiten am unzugänglichsten sind; daher müssen mehrstufige und transnationale Mobilisierungsgelegenheiten berücksichtigt werden. So kann zwar ein hohes LGBT-Mobilisierungsrisiko diese in »kulturell geschlossenen« Kontexten noch verhindern (Blumenfeld und Raymond 1988), Aktivisten reagieren jedoch auf Hindernisse in der Heimat, indem sie den Blick nach außen richten. Als der polnische Staat und die Kommunalverwaltung LGBT-Aktivisten in verschiedenen Städten öffentliche Versammlungen untersagte, lebte der polnische Aktivismus aufgrund seiner Möglichkeiten im Ausland weiter. Der traditionelle Ansatz, bei dem politische Prozesse im Nationalstaat wurzeln, würde etwas anderes voraussagen. Mobilisierungen nehmen oft zu, *bevor* Staaten LGBT-Akteuren die politische Teilnahme gewährt, diese

bereits einflussreiche innerstaatliche Verbündete gefunden, die staatliche Elite gespalten oder die staatliche Unterdrückung der Mobilisierung abgewendet haben (Kriesi 2004, McAdam 1999). Die Mobilisierung der LGBT-Minderheiten zeigt, dass durch die mehrstufige Struktur der europäischen Politik die hier beschriebenen Möglichkeiten, die mitunter außerhalb des Nationalstaates liegen, eine neue Stufe erreichen können (Sikkink 2005).

Ein anderer Erklärungsansatz geht davon aus, dass sich das postkommunistische Erbe auf die LGBT-Gesetzgebung vieler neuer EU-Mitgliedstaaten auswirkte. Laut diesem Ansatz haben der materielle und ideologische Bankrott der Zivilbevölkerung in ZOE und der Einfluss der Vergangenheit auf die neuen Institutionen (Jowitt 1992) die Entwicklung der LGBT-Rechte behindert. Die sowjetische Umorientierung auf rechtlicher, politischer und sozialer Ebene hat das Verhalten gegenüber der im Ostblock unterdrückten, stigmatisierten Sexualität zwar tatsächlich beeinflusst und manche Aspekte dieses Erbes sieht man in ihrer heutigen Politik. Hier wird jedoch eine differenziertere Haltung eingenommen (siehe Beissinger und Kotkin 2014), sind doch die postkommunistischen Staaten, bezüglich vieler politischer und kultureller Variablen, getrennte Wege gegangen (Darden und Grzymala-Busse 2006, Easter 1997). Die Tatsache, dass sich diese hinsichtlich LGBT-Rechte und Einstellungen unterscheiden, ist sogar eine zentrale Frage dieses Buches, die durch das postkommunistische Erbe nicht erklärt werden kann. Schon bei einem flüchtigen Blick auf die gesellschaftspolitischen Daten wird offensichtlich, dass deren Einflussnahme auf die Beziehung zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Wahrnehmung von Sexualität keineswegs homogen ausfällt. Sogar die einst zur Sowjetunion gehörenden drei baltischen Staaten sowie die des ehemaligen Jugoslawiens und der früheren Tschechoslowakei unterscheiden sich hier voneinander.

Das vorliegende Buch bietet daher nicht nur für die Unterschiede zwischen neuen und alten EU-Mitgliedstaaten, sondern auch für besagte Staatengruppen einen neuen Erklärungsansatz. In Kapitel 6 wird daher untersucht, wie historische Vorläufer der Nationenidee eine vom religiösen Nationalismus geprägte Gegenbewegung erzeugen können, was die Unterschiede zwischen den ZOE-Ländern zum Teil erklärt, und stützt sich dabei auf die von anderen Forschern zur LGBT-Politik angeführte Annahme, dass eine deterministische postsowjetische Theorie die ZOE-Länder künstlich homogenisiert (Kulpa und Mizieleńska 2011). Sexuelle Minderheiten hatten in diesen Ländern vor und nach dem Fall der Berliner Mauer eine unterschiedliche Geschichte. Das Kapitel erklärt ebenfalls beides: Das Beharren und das Verwerfen des postsowjetischen Erbes – letzteres wird gerne von Post-Sowjetischen Theorien übersehen – indem neue Erfahrungen und Faktoren einbezogen werden, die heute eine aktive Rolle in diesen Regionen spielen. Beissinger und Kotkin (2014, 5-6) führen dazu an:

Während die aus den Wirren des kommunistischen Zusammenbruchs entstandene soziale Verzweigung bis ins Detail untersucht wurde, wurde die Rolle der Außenwelt oftmals ausgeblendet oder auf die Anstrengung zur Stärkung der Demokratie reduziert. Relativ wenige Wissenschaftler haben dagegen untersucht, wie die postkommunistischen Gesellschaften durch [...] globale kulturelle Strömungen geformt (oder nicht geformt) wurden, oder die Rolle von möglichen Nachahmungsmodellen.

Die Außenwelt spielt meines Erachtens bei der Sexualpolitik in Europa eine entscheidende Rolle, und ihr Einfluss variiert, je nachdem, wie stark Staaten (über gesellschaftspolitische Sichtbarkeitskanäle, die u.a. mittels transnationaler Aktivist\*innen-Netzwerke entstehen), mit dieser verbunden sind.

Nimmt man die Unterschiede in staatlicher Einhaltung und Internalisierung ernst, gilt dies auch für den World-Polity-Ansatz. Dieser geht davon aus, dass eine globale Zivilgesellschaft, die aus organisierten und regelhaften Modellen besteht, die Fähigkeiten und Verknüpfungen von gesellschaftlichen Akteuren begründet (J. W. Meyer et al. 1997). Gemäß diesem Ansatz verbessert eine globale Gesellschaft nicht die funktionellen Bedürfnisse und Interessen der Akteure, sondern eher allgemein geltende universelle Wahrheiten, die zu einer globalen Isomorphie in Institutionen und Normen führen (Soysal 1994). Damit lassen sich zwar durchaus bestimmte Veränderungen bezüglich Sexualität beschreiben, wie Gesetzesreformen zu Inzest, Sodomie und Ehebruch, die oft ohne sichtbare Unterstützung durch Advokaten (s. Frank, Camp und Boutcher 2010) erfolgten; um die Diffusion der weitreichenderen LGBT-Rechtsnorm erklären zu können, muss er jedoch präzisiert werden. Der Ansatz sieht die globale Kultur als säkular und rational (J. W. Meyer et al. 1997, 154), vernachlässigt aber aus den Inlandsnormen resultierende Spannungen, wenn diese nämlich nicht mit internationalen LGBT-Normen kompatibel sind, sowie den hier aufgezeigten wesentlichen Unterschied zwischen Einhaltung und Internalisierung. Statt der Annahme, dass Staaten und Gesellschaften auf die äußere Umgebung auf gleiche Weise reagieren, wird hier durch das Aufzeigen der treibenden Kraft, den damit zusammenhängenden Mechanismen sowie den transnationalen Kanälen und den dem Prozess der Normdiffusion inhärenten innerstaatlichen Unterschieden, der umstrittene Charakter des globalen Wandels hervorgehoben.

## WIE ENTSTEHT WANDEL?

Zur Erklärung der Unterschiede, die in gesellschaftlicher Einstellung und staatlichen Gesetzen zu sexuellen Minderheiten der einzelnen europäischen Staaten herrschen, wird hier das Argument der Sichtbarkeit herangezogen (Abbildung 1.1 und Abbildung 1.2). Grundet der Wandel auf einen engeren Kontakt zu In-

dividuen oder Gruppen aus Staaten, in denen die Norm bereits verabschiedet wurde? Unter welchen innenpolitischen Voraussetzungen (des Empfängerstaates) werden internationale Rechtsnormen bezüglich sexueller Minderheiten erfolgreich verbreitet und inwieweit gibt es Widerstand? Welche sind die treibenden Kräfte für den Wandel und wie werden diese mobilisiert? Und welche transnationalen Diffusionswege existieren? Die Untersuchungsergebnisse bzw. die abhängigen Variablen erschließen zwei Dimensionen der internationalen Normdiffusion: Wandel im Verhalten des Staates und des Individuums einer Gesellschaft. Gesetzliche Einhaltung und gesellschaftliche Internalisierung werden dabei als zueinander im Bezug stehende, aber getrennte Prozesse behandelt. (Mit *Internalisierung* ist hier der Prozess gemeint, bei dem bestimmte Verhaltensmuster für die Identität eines Individuums unangebracht erscheinen, sobald eine Gruppe neue kollektive Erwartungen aufstellt [Abdelal et al. 2006, 697].) Die Unterscheidung dieser Prozesse ist von entscheidender Bedeutung, geht gesetzlicher Schutz doch nicht notwendigerweise mit weniger sozialer Stigmatisierung einher. Ferner erfasst die meist verwendete abhängige Variable – Sozialisation von Staatseliten (Checkel 1997) – den Verhaltenswandel (oder ein Ausbleiben desselben) in den meisten Gesellschaften nicht.

Das vorliegende Buch behandelt beide Indizien für die Normdiffusion – gesetzliche Einhaltung und gesellschaftliche Internalisierung –, spiegeln Normen doch Verhaltensveränderungen wider. Laut Peter Katzenstein und Tim Byrnes (2006, 683) ist »[d]ie Verhaltensdimension [...] von der regulativen und konstitutiven Wirkung derjenigen Regelungen geprägt, die auf individueller Ebene durch Internalisierung und Gewöhnung und auf kollektiver Ebene durch verschiedene Sanktionsmechanismen wirken.« Da sich Normen nur schwer direkt erfassen lassen, werden zur Untersuchung der Folgen von Normveränderungen zwei Verhaltensmechanismen herangezogen. Zur Messung des Wandels auf staatlicher Ebene wurden Daten bezüglich der Anzahl der von den Staaten verabschiedeten LGBT-Gesetze gesammelt und analysiert. Diese umfassen Schutz- und Gleichbehandlungsgesetze, die über die Entkriminalisierung hinausgehen. Für den Wandel auf individueller Ebene wurden Umfrageergebnisse über die gesellschaftliche Einstellung gegenüber sexuellen Minderheiten ausgewertet.

So wie von der Methodenbeschreibung nahegelegt, liegt das Hauptziel dieses Buches trotz der normativen Implikation von Evidenz und Argumentation nicht darin, die normative Substanz der LGBT-Rechtsnormen zu prüfen. Viele hervorragende Studien über internationale Beziehungen und Queer-Theorie stellen den normativen Inhalt der von den etablierten LGBT-Rechtsaktivisten gestellten Rechtsansprüche zu Recht infrage (R. Conrad 2014) und kritisieren die Machtdynamiken und den westlichen Essentialismus, der manchen Formen des transnationalen Aktivismus innewohnt (Amar 2013, Picq und Thiel

2015, Rahman 2014). Solche Argumente werden zwar wohlwollend aufgenommen und an verschiedenen Stellen des Textes berücksichtigt, eine kritische normative Auseinandersetzung mit dem transnationalen LGBT-Aktivismus würde jedoch den Rahmen dieses Buches sprengen. Vielmehr konnte beobachtet werden, dass sich LGBT-Normen, unabhängig von der Qualität ihres Inhalts, auf verschiedene innenpolitische Kontexte ausgebreitet haben, und es soll hier geklärt werden, wann und wie sich dies vollzog.

Dieses Buch soll zeigen, dass die Politik der Sichtbarkeit erklärt, wie und wann »schwache« Gruppen Wandel in sozialen und politischen Systemen herbeiführen, dass der Kampf um Rechte auf Wegen der Sichtbarkeit ausgefochten und diese immer stärker von transnationalen Quellen profitieren. Auch wenn soziale Institutionen und Akteure die gelebte Erfahrung von Randgruppen verändern können, wissen wir noch zu wenig darüber, warum diese Gruppen in manchen Staaten zu Macht kommen, in anderen aber nicht. Die Theorie der Sichtbarkeit liefert Antworten.

## WIE IST DIESES BUCH AUFGEBAUT?

Um die Bedeutung der Sichtbarkeit in der sich verändernden Weltpolitik zu unterstreichen, wird in den folgenden Kapiteln zunächst untersucht, warum die gesellschaftsrechtliche Anerkennung von Randgruppen so unterschiedlich in den einzelnen Staaten verläuft. Kapitel 2 stellt dabei die hier präsentierte Theorie über die Gründe für diese Unterschiede und den Wandel selbst detailliert dar und zeigt, warum und wie sich Sichtbarkeit auf den gesellschaftsrechtlichen Wandel bezüglich sexueller Minderheiten auswirkt. Es steckt den Rahmen dafür, wie sich Sichtbarkeit auf beide Prozesse – staatliche Einhaltung und gesellschaftliche Internalisierung – auswirkt, und reflektiert über die transnationalen Kanäle der Sichtbarkeit, ihre Interaktion mit der Innenpolitik und den möglicherweise dadurch ausgelösten Widerstand. Das Kapitel schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung der Untersuchungsmethoden.

In Kapitel 3 werden verschiedene an der transnationalen Bewegung für LGBT-Rechte beteiligte Akteure und Mechanismen vorgestellt. Es wird gezeigt, wie sich die Transnationalisierung auf die Mobilisierung von Randgruppen auswirkt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Mobilisierung von Normunternehmern gelegt, sowie darauf, wie sich diese auf transnationalem und innerstaatlichem Gebiet bewegen, damit die LGBT-Rechtsnormen auf Resonanz stoßen. Der Begriff *Normunternehmer* wird verwendet, da diese ihre Beweggründe bewusst von Landesgrenzen lösen, die Unterstützung durch Bevölkerung bzw. Politik in mehr als einem Staat zum Ziel haben und gleichgesinnte Organisationen in anderen Ländern unterstützen (Acharya 2004, 248,



Nadelmann 1990).<sup>9</sup> Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie marginalisierte Akteure grenzübergreifend mobilisiert werden, und welche Sichtbarkeitsmechanismen diese Akteure in ihrem Versuch, Staat und Gesellschaft zu beeinflussen, verwenden. Um die grenzübergreifenden Verbindungen zwischen Normunternehmer und Zielstaat aufzuzeigen, werden die Fälle Deutschland und Polen vor dem Hintergrund der europäischen Institutionen herangezogen.

Kapitel 4 und 5 präsentieren staatenübergreifende Ergebnisse zu einer zentralen Forschungsfrage: Warum hat sich die gesellschaftliche und gesetzliche Anerkennung von Minderheiten in den einzelnen Ländern zu so unterschiedlichem Grad und Tempo verändert? Kapitel 4 geht dabei auf europaweite Unterschiede bezüglich der Übernahme von Pro-LGBT-Gesetzen ein. Zur Erklärung von zeitlichem Ablauf, Tempo und Übernahme der verschiedenen LGBT-Rechtsgesetze in den EU-Staaten (über 40 Jahre hinweg) wurde ein Originaldatensatz zur LGBT-Gesetzgebung analysiert. Kapitel 5 betrachtet die unterschiedlichen Verhaltensänderungen gegenüber LGBTs in Europa. Anhand von Mehrebenen-Modellen wird der staatlich-kontextuelle Einfluss auf die individuelle Einstellung zur Homosexualität (an drei verschiedenen Zeitpunkten) und die Unterschiede in der gesellschaftlichen Einstellung der einzelnen Staaten erklärt.

Kapitel 6 enthält die zweite qualitative Komponente des Buches: Die Fallstudien Polen und Slowenien werden zum Vergleich von gesellschaftsrechtlichen Unterschieden in der innerstaatlichen Normrezeption und in den gesellschaftsrechtlichen Konsequenzen herangezogen. Dabei wird die Frage aufgeworfen, warum die Sichtbarkeit von LGBT-Rechtsnormen in einem Fall auf Widerstand stößt, im anderen aber nicht. Dazu wird untersucht, inwieweit Widerstand in der Wechselbeziehung zwischen Religion und Nationalismus wurzelt, wie diese Faktoren mit transnationalen Sichtbarkeitskanälen interagieren und unter welchen Bedingungen Sichtbarkeit die gesellschaftsrechtliche Situation für LGBT-Minderheiten verbessern kann.

In Kapitel 7 werden schließlich die gewonnenen Forschungsergebnisse diskutiert und die Rolle der Sichtbarkeit für Bewegungen und transnationale Politik zusammengefasst. Dabei umreißt das Kapitel sowohl die auf Europa beschränkten Argumente, als auch diejenigen, die sich bezüglich des globalen Wandels von Minderheitenrechten generalisieren lassen. Ebenfalls erörtert wird, wie sich die gewonnenen Erkenntnisse auf die weltpolitische Theorie und Praxis auswirken und welche Bedeutung sie im Licht der derzeitigen Ereignisse – europaweit und darüber hinaus – haben.

---

**9** | Der Begriff *Normunternehmer* nimmt Bezug auf den in der Forschung über Interessengruppen verwendeten Begriff des *Politikunternehmers* (Baumgartner und Jones 2009), verlagert seinen Schwerpunkt jedoch auf die transnationale Ebene.